

BERLIN KOMPAKT

NEUES AUS DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND DER REGION



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kommunalwahl liegt hinter uns, inzwischen befinden wir uns schon wieder im nächsten Wahlkampf, am 25. Mai wählt Europa sein neues Parlament.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, allen, die bei den Kommunalwahlen ein Mandat errungen haben, herzlich zu gratulieren!

Für Eure Tätigkeit in den Rathäusern und Gremien viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei allen Entscheidungen.

Danken möchte ich an dieser Stelle allen, die für ein kommunalpolitisches Mandat kandidiert haben und besonders jenen, die –ohne auf einer Liste zu stehen– den Wahlkampf durch ihre Mithilfe ermöglicht haben.

Jetzt gilt es, in den nächsten Wochen unseren Europa-Spitzenkandidaten Martin Schulz mit aller Kraft zu unterstützen. Die Europa-Wahl ist für Europas Zukunft wichtiger denn je. Helft mit, dass die SPE in Brüssel und Straßburg so erfolgreich arbeiten kann, wie die SPD in der Großen Koalition hier in Berlin.

Gesagt – getan – gerecht!

Die Große Koalition ist seit gut 100 Tagen im Amt, seitdem wird in Bundestag und v.a. in den SPD-geführten Ministerien besonders fleißig und effizient gearbeitet. Mindestlohn, Renten- und EEG-Reform, Doppelpass, Frauenquote in Aufsichtsräten, Mietpreisbremse etc. Diese für die kurze Zeit beeindruckende Bilanz zeigt, dass wir alles daran setzen, das im Koalitionsvertrag Vereinbarte zur politischen Realität werden zu lassen.

Auch im Gesundheitsausschuss arbeiten wir engagiert an der dringend notwendigen Reform der Pflegeversicherung, an einer verbesserten Finanzierung der Krankenversicherung, an einer Neufassung des Präventionsgesetzes und an der Verbesserung der Situation in der stationären Psychiatrie. Ein breites Spektrum!

Erfahren Sie mehr im neuen „Berlin kompakt“, eine informative Lektüre wünscht

Ihre / Eure



IN DIESER AUSGABE:

Begegnungen in Berlin	2
Aus dem Gesundheitsausschuss	7
Begegnungen im Wahlkreis	8
Mein Team	13

Plenarrede im Bundestag

Am 31. Januar 2014 hielt ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag. Dabei stellte ich heraus, dass es wichtig ist, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum die hausarztzentrierte Versorgung zu stärken. Gut für die Patientinnen und Patienten ist die geplante Aufnahme von Rückenleiden und depressiven Erkrankungen in die strukturierten Behandlungsprogramme. Zudem sollen künftig Terminservicestellen, die bei den Kassenärztlichen Vereinigungen angesiedelt werden, die gesetzlich Versicherten dabei unterstützen, innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin zu bekommen.



Gesundheitspolitisches Trio der SPD-Bundestagsfraktion



Gesetzlichen Krankenversicherung und der Apotheken zuständig sein.

In geheimer Wahl wählten die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion die stellvertretenden Sprecherinnen. Bei der konstituierenden

nen Heike Baehrens (links im Bild) und mich.

Ich freue mich über das Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen und auf die bevorstehende spannende Arbeit als stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin. Großen Handlungsbedarf sehe ich in der Verbesserung der Versorgungsstruktur. Gesundheit und Pflege betreffen jeden Bürger früher oder später. Es gibt viel zu tun zum Wohle der Patientinnen und Patienten, von Angehörigen und der Mitarbeiter des Gesundheits- und Pflege-sektors.

Am 28. Januar 2014 wurde ich zur Stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe für Gesundheit gewählt. Künftig werde ich als Berichterstatterin für Fragen der ambulanten Versorgung, der

Sitzung am 14. Januar 2014 war bereits die Pflegeexpertin Hilde Mattheis zur Sprecherin gewählt worden. Die Führungsspitze der Arbeitsgruppe wird nun ergänzt durch die beiden Stellvertreterin-

Pronold gratuliert: Mitglied im erweiterten Fraktionsvorstand



aus Traunstein und mit mir die BayernSPD nun auch stark im SPD-Fraktionsvorstand vertreten ist. Die Hauptaufgabe des Fraktionsvorstandes ist die Planung, Koordinierung und Organisation der gesamten SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Ich werde in diesem Amt aber natürlich alles daran setzen, auch die Interessen unserer Region bestmöglich zu vertreten.

Ebenso am 28. Januar 2014 wurde ich in den erweiterten Fraktionsvorstand gewählt. Es freut mich sehr, dass mit meinen Fraktionskollegen Martin Burkert aus Nürnberg, mit Dr. Bärbel Kofler

Gespräch mit bayerischen Psychotherapeuten

Am 30. Januar 2014 sprach ich zusammen mit meinem Ausschusskollegen Dirk Heidenblut mit Dr. Nikolaus Melcop, dem Präsidenten der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, und Vizepräsident Peter Lehn-dorfer über die Versorgungs- endpässe bei der Psychotherapie. Es gibt großen Handlungsbedarf in diesem Bereich und ich bin froh, dass die SPD-Bundestagsfraktion mit Dirk Heidenblut einen kompetenten Berichterstatter für dieses Bereich hat.



Gespräch mit Bayerischem Roten Kreuz

Am 20. Februar 2014 traf ich Leonhard Stärk vom Bayerischen Roten Kreuz in Berlin. Herr Stärk ist Sprecher der Landesgeschäftsführer und überreichte mir ein Positionspapier mit den wichtigsten Forderungen des Bayerischen Roten Kreuzes.

Der Austausch mit bayerischen Organisationen liegt mir naturgemäß am Herzen.



Zu Gast in der Schweizer Botschaft

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Landesgruppe Bayern war ich zu einem Arbeitsgespräch mit dem Schweizer Botschafter Tim Guldemann in die Eidgenössische Botschaft eingeladen. Dabei ging es neben der Volksabstimmung zur Zuwanderung auch um Verkehrsprojekte und die Energie- wende.

Thematisiert wurden die Gründe für den Ausgang bzw. für die Wendung in der „Eidgenössischen Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“. Das Abstimmungsergebnis sei mit der Angst und Betroffenheit vor Heimatverlust sowie steigender Globali-

sierungsangst einhergehend mit drohenden Wirtschafts- und Finanzkrisen zu erklären. Klar sei, dass die Schweiz den Bilateralismus und den verstärkten Ausbau bilateraler Beziehungen als Chance und als eigene EU-Strategie weiter verfolgt.



Die SPD-Bundestagsfraktion

In der 18. Legislaturperiode ist die SPD mit 193 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten. Es hat ein großer Wechsel stattgefunden, was man schon allein daran sieht, dass es inner-

halb der Fraktion 93 Newcomer gibt. Auch bei den anderen Bundestagsfraktionen gibt es viele neue Gesichter—kein Wunder also, dass es einige Tage gedauert hat, bis der Bundestag voll arbeitsfä-

hig war. Nun sind wir aber auf einem guten Weg, was auch wichtig ist in Anbetracht der vielen Vorhaben, die wir auf den Weg bringen wollen.



Gespräch mit DB-Chef Grube

Zu einem Informationsaustausch empfing DB-Chef Rüdiger Grube die Mitglieder der SPD-Landesgruppe Bayern im Bahn Tower am Potsdamer Platz.

Dabei hatten wir die Möglichkeit, Kritik, Wünsche und Anmerkungen zur Deutschen Bahn in unseren jeweiligen Heimatregionen loszuwerden. Für Rhön-Haßberge erhielt ich dabei die Informationen, dass für den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Haßfurt derzeit die Vorplanung läuft (Leistungsphase 1 und 2) und voraussichtlich bis Ende 2014 abgeschlossen werden wird. Allerdings ist die Finanzierung für die weiter-

führenden Leistungsphasen Genehmigungsplanung und Realisierung des Ausbaus noch offen. Die DB hofft, dass über eine Aufstockung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und DB für die kommenden Jahre bzw. über Sondermittel des Bundes u.a. dieses Projekt umgesetzt werden kann. Im Bild sieht man mich zusammen mit meinem Kollegen Andreas Schwarz im Gespräch mit Bahn-Chef Grube.



Gespräch mit dem Bayerischen Hausärzteverband

Zusammen mit meiner fränkischen Ausschusskollegin Martina Stamm-Fibich begrüßte ich am 20. Februar 2014 Vertreter des Bayerischen Hausärzteverbandes. Dieter Geis, Markus Beier und Jakob Berger, kam zum Gespräch in den Deutschen Bundestag.

Zentraler Gesprächspunkt war natürlich die hausärztliche Versorgung in Bayern mit all ihren Facetten und Herausforderungen. Gerade die Frage, welche Anreize geschaffen werden müssen, um jungen Nachwuchs für die Landarztpraxen zu finden, wurde diskutiert.



Daneben ging es um die Frage der universitären Ausbildung, in der die hausärztliche Versorgung

leider nur eine nachgeordnete Rolle spielt.

Kampf gegen Tuberkulose

Anlässlich des Welt-Tuberkulose-Tages am 24. März 2014 forderte die Gesundheitspolitikerin Sabine Dittmar weitere Anstrengungen im Kampf gegen die Krankheit TBC. Notwendig seien Forschungsinitiativen für

wirksame Medikamente, Impfstoffe und Präventionsmaßnahmen. Im Vorfeld informierte sie sich am 20. März 2014 beim Forum "Stop-TB" über die Kampagnen und weiteren notwendigen Schritte. Gemeinsam

mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss unterzeichnete sie eine internationale Stellungnahme, um auf die Folgen von TBC aufmerksam zu machen.



Politischer Bericht aus dem Gesundheitsausschuss



wicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“. Unter anderem soll ein Qualitätsinstitut gegründet werden, dass transparente Informationen über die Versorgungsqualität liefern soll.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns viel Arbeit für den Gesundheitsbereich vorgenommen. Neben spürbaren Verbesserungen der Pflegeleistungen und der längst überfälligen Einführung eines Pflegebedürftigkeitsbegriffes stehen zunächst einmal die Finanzen im Mittelpunkt.

Nachdem wir jüngst das 14. SGB V Änderungsgesetz auf den Weg gebracht haben, durch das unter anderem die hausarztzentrierte Versorgung gestärkt wird, gilt es nun, das GKV-FQWG zu gestalten. GKV-FQWG steht für „Gesetz zur Weiterent-

Der Gesetzentwurf wurde Ende März im Kabinett verabschiedet und wird in Kürze in den Deutschen Bundestag eingebracht. Im Gesundheitsausschuss bin ich von Seiten der SPD die zuständige Berichterstatterin, sodass klar ist, dass in den nächsten Wochen viel Arbeit auf mich zukommt.

Daneben beschäftigt uns weiterhin das Thema, ob die Pille danach von der Verschreibungspflicht entbunden werden soll und wie die Hebammenversorgung mit freiberuflich tätigten Hebammen in der Geburtshilfe

sichergestellt werden kann. Da die Nürnberger Versicherung angekündigt hat, im Juli 2015 aus dem Versicherungskonsortium auszu-steigen, besteht akuter Handlungsbedarf. Dazu werde ich in Kürze nochmals ausführlicher Berichten, wenn wir im Gesundheitsausschuss den Bericht des Bundesministeriums diskutieren konnten. Der Gesundheitsausschuss tagt übrigens immer am Mittwoch in den Sitzungswochen von 9:30—12:30 Uhr. Hinzu kommen öffentliche Anhörungen wie beispielsweise die nächste Anhörung am 7. Mai 2014 zum pauschalierenden Entgelt Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP).

Foto: Sabine Dittmar und Heike Baehrens.

Bayerischer Landesgesundheitsrat

Am 19. Januar 2014 wurde ich bei der konstituierenden Sitzung des Bayerischen Landesgesundheitsrates erneut zum Mitglied dieses Gremiums bestimmt. Die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege im Bayerischen Landtag, meine frühere Landtagskollegin Kathrin Sonnholzner, gratulierte mir hierzu persönlich.

Als Hausärztin und Gesundheitspolitikerin sehe ich großen Handlungsbedarf im Gesundheitsbereich. Daher freue ich mich auf die weitere Tätigkeit im Landesgesundheitsrat.. Der Landesgesundheitsrat berät die bayerische Staatsregierung in gesundheitspolitischen Fragen



Hintergrundgespräch mit Hebammenverband

Zu einem Hintergrundgespräch traf ich mich am 25. März 2014 mit Ute Hammerl, der Vorsitzenden des Regionalverbandes Unterfranken im Bayerischen Hebammen-Landesverband. Frau Hammerl ist selbst als Hebamme in Bad Bocklet und Schweinfurt tätig. Im Bayerischen Hebammenlandesverband Region Unterfranken stellt sich die Situation beispielsweise wie folgt dar: Im Verband sind 324 Hebammen registriert, davon sind ca. 100 Hebammen in der Geburtshilfe tätig, aber nur 50 bieten freiberufliche Geburtshilfe an und müssen somit selbst für die Prämien aufkommen.

In den meisten Krankenhäusern in Unterfranken sind Hebammen fest angestellt bzw. bekommen einen Zuschuss zur Versiche-

rung.

Hausgeburten und Geburten in Geburtshäusern machen hier ca. 1-2% der Gesamtanzahl aller Geburten in Unterfranken aus. Ich betonte, dass die Problematik der Versicherungspflicht in der Politik bekannt ist und dass das Gesundheitsministerium mit Nachdruck an einer Lösung des Problems arbeitet. Im Rahmen

einer interministeriellen Arbeitsgruppe wurde jüngst gemeinsam mit den fünf Hebammenverbänden in Deutschland ein Papier mit Lösungsvorschlägen erarbeitet, das nun in den Verbänden diskutiert wird. Im April sollen die Vorschläge öffentlich vorgestellt werden. Minister Gröhe kündigte an, dass es eine kurz-

fristige Lösung noch in der ersten Jahreshälfte geben wird.

Prämienentwicklung für die DHV-Gruppenhaftpflichtversicherung (mit freiberuflicher Geburtshilfe)

	jährliche Versicherungsprämie
1998	394 €
2004	1.352 €
2009	2.370 €
2010	3.689 €
2012	4.242 €
1.7.2014 (angekündigt)	5.091 €

Quelle: Deutscher Hebammenverband

Besuch der Heiligenfeld GmbH

Die Heiligenfeld GmbH ist einer der größten Arbeitgeber in Bad Kissingen und erhielt in diesem Jahr erneut die Auszeichnung „Bester Arbeitgeber Kliniken“. Beim Gespräch mit dem ärztlichen Direktor und Geschäftsführer Dr. Joachim Galuska wurde mir klar, wie viel Wert das Unternehmen auf die psychosoziale Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter legt. Ein gutes Gesundheitsmanagement verändert zwar nicht die Krankheitstage innerhalb einer Firma, wirkt sich aber positiv auf die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter aus, erläuterte Dr. Galuska aus. Ein Herzensanliegen sei die Einrichtung eines „Schulfachs Gesundheit“. Hierbei werden im Mo-

ment Unterstützer aus der Politik gesucht. Ebenso stellte Dr. Galuska das Projekt „Selbstmanagement“ mit Auszubildenden vor. Sechs Firmen aus dem Landkreis Bad Kissingen haben sich zusammengefunden, die in 12 Modulen einmal im Quartal alle ihre Auszubildenden zu einem Seminar zum Selbstmanagement einladen. Hierbei werden dann verschiedene Themen, wie Zeitmanagement, Stressvermeidung u.v.m. besprochen.



Schülergruppe aus Wildflecken im Bundestag

Eine Gruppe Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Wildflecken verbrachten mit ihrem Lehrer Andreas Dylla eine aufregende und interessante Woche in Berlin. Unter anderem besuchten sie am 20. März 2014 für einen halben Tag den Deutschen Bundestag, und hatten die Gelegenheit, eine Stunde auf der Gästetribüne eine Plenumsitzung zu verfolgen. Im Anschluss daran konnten sie mit mir als ihrer Heimat-Abgeordneten eine weitere Stunde

über Politik diskutieren. Es hat wirklich Spaß gemacht, mit der Schulklasse zu sprechen. Das

große Interesse der Schülerinnen und Schüler war klasse!"



Ortstermin im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld

Nur einen Tag nach dem Besuch der parl. Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter (3.v.r.) gemeinsam mit meinem Kollegen Bernd Rützel (2.v.r.) und mir im Atomkraftwerk Grafenrheinfeld, verkündete dessen Betreiber E.ON am 28. März das frühzeitige Abschalten des AKWs im Frühjahr 2015.

Hierzu nahm ich gegenüber den Medien wie folgt Stellung:

"In einem Jahr ist es tatsächlich so weit, Jahrzehnte haben wir als SPD hier in der Region, im Land und im Bund hart dafür gekämpft, dass der Atomausstieg und v.a. das Aus für Gra-

fenrheinfeld endlich Realität wird!" Jetzt gelte es darauf zu achten, einen sicheren Rückbau des AKWs ab Frühjahr 2015 in die Wege zu leiten, eine Lösung für die Endlagerung des Atom Mülls zu finden und natürlich ein großes Augenmerk auf die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AKW zu haben.



Schülerdiskussion in Sandberg—Kinderrechte

Am 21. November 2013 diskutierte ich mit Schülern der 4. Klasse der Grundschule in Sandberg über Kinderrechte und wie diese besser durchgesetzt werden können. Im Deutschen Bundestag gibt es beispielsweise die Kinderkommission. Sie ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das bedeutet, sie ist kleiner als der Ausschuss selbst und hat eine ganz spezielle Aufgabe: die Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche. Alle ordentlichen Mitglieder der Kinderkommission gehören auch dem Ausschuss an. Damit können sie die Interessen der Kinder auch dort vertreten und haben

einen Zugang zum parlamentarischen Aktionsfeld, den nur ein Ausschuss bieten kann.



BBZ Münsterstadt in Berlin

Am 10. April 2014 besuchte mich eine Gruppe meiner ehemaligen Schule, dem BBZ in Münsterstadt unter der Leitung von Lothar Herbst.

Selbstverständlich standen gesundheitspolitische Themen im Mittelpunkt unserer Diskussion. Ich habe mich sehr gefreut, die Gruppe an meinem neuen Ar-

beitsplatz begrüßen zu dürfen. Im Laufe des Sommers werde ich noch 15 weitere Gruppen treffen.



AOK-Diskussionsrunde über aktuelle gesundheitspolitische Fragen

Zu einem Informationsaustausch hatte AOK-Direktor Frank Dünisch die mich in die Hauptgeschäftsstelle nach Schweinfurt eingeladen.

Gemeinsam mit dem AOK-Direktor, dem Beiratsvorsitzenden der Gesundheitskasse, Frank Firsching und den AOK-Bereichsleitern diskutierte ich u.a. über die Probleme der demographischen Entwicklung, die grundsätzliche Finanzierung des Gesundheitssystems sowie die Pflege- und Krankenhaussituation vor Ort.

Angesichts der aktuellen Meldungen, dass andere große Krankenkassen planen, ihre Geschäftsstellen massiv in der ländlichen Gegend abzubauen, betonte Frank Dünisch, dass die AOK sich auch weiterhin serviceorientiert und

kundennah mit einem flächendeckenden Geschäftsstellennetz präsentiert. Die Gesundheitskasse sei ein verlässlicher Ansprechpartner für die Menschen in der Region Main-Rhön.

Zustimmung fand die Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Gelder aus dem Gesundheits-

fonds für die Krankenkassen. „Ziel muss es sein, die Genauigkeit des Risikostrukturausgleichs (RSA) zu erhöhen und die Schere zu schließen“, forderte ich in der Diskussion. Finanzmittel müssen dorthin fließen, wo Erkrankte Diagnostik und Behandlung brauchen.



Unterwegs mit Natascha Kohnen

Auf Einladung des SPD-Kreisverbands Rhön-Grabfeld machte Natascha Kohnen, energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Generalsekretärin der BayernSPD, Station im Überlandwerk Rhön in Mellrichstadt. Zusammen mit Thorsten Raschert, René van Eckert und Matthias Kihn begleitete ich Nataschas Besuch.

ÜW-Geschäftsführer Helmut Grosser stellte das kommunale Unternehmen in all seinen Facetten vor. „Die Energiewende muss da stattfinden, wo es die beste Ausbeute, verbunden mit kürzesten Abnahmewegen, gibt“, gab er uns aus seiner Sicht mit

auf den Weg. Denken in Länderhoheiten sei der Energiewende nicht förderlich. Wolfgang Pfeiffer, Abteilungsleiter Stromverbrauch, forderte uns auf, dass die

Politik die Kunden nicht zu den billigeren Anbietern treiben, sondern die bestehenden Unternehmen unterstützen sollte.



Schnappschüsse



Hier sehen Sie mich beim Kassen Gipfel 2014 in Berlin, bei dem ich über das Thema Sozialisierung versus Privatisierung des Gesundheitssystems diskutiert habe.

Rechts sitze ich an meinem Schreibtisch in meinem Berliner Büro.



Das Plüschsofa im Bundestag



Vor wenigen Tagen wurden die 250.000 Euro unterteilt. Ich selbst habe neben meinem Mandat im Bundestag keine Einnahmen, ein Blick auf die Nebentätigkeiten der ein oder des anderen Kollegen spricht allerdings Bände. Unabhängig davon war

die Veröffentlichung dennoch eine Überraschung für mich, denn der Bundestag hatte die falsche Homepageadresse angegeben. Anstatt über den Link zu meiner Homepage zu kommen, gelangte man zwischenzeitlich zu einem rosa Sofa. Der Main-Post war es sogar einen Artikel wert. Übrigens: Ich habe tatsächlich ein Sofa von der Bundestagsverwaltung in meinem Berliner Büro, dieses ist aber weder plüschig noch rosa, sondern formschön schlicht und schwarz.

Mein Team in Berlin und Bad Kissingen

Michael Frank:

Büroleitung

Tel: 030 / 277-71810

sabine.dittmar.ma01@bundestag.de

Ilona Laschütza

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Gesundheit/
Verteidigung)

Tel: 030 / 227-71811

sabine.dittmar.ma02@bundestag.de

Karen Pohle:

Tel: 0971 / 6994949

sabine.dittmar.ma03@bundestag.de

Carolyn Schiefer:

Tel: 0971 / 6994949

sabine.dittmar.ma04@bundestag.de



Team Dittmar: Ilona Laschütza, Michael Frank, Sabine Dittmar, Karen Pohle, Carolyn Schiefer



Deutscher Bundestag
SABINE DITTMAR, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-71810

Fax: 030 / 227-76811

Email: sabine.dittmar@bundestag.de

www.sabine-dittmar.com

Bürgerbüro:

Spargasse 10

97688 Bad Kissingen

Telefon: 0971 / 699 49 49

Fax: 0971 / 699 49 50

Email: kontakt@sabine-dittmar.com

www.sabine-dittmar.com

Impressum:

Berlin Aktuell erscheint in unregelmäßigen Abständen. Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Dittmar, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Sabine Dittmar, Michael Frank, Ilona Laschütza, Karen Pohle

Bildnachweis: Büro Dittmar und Burkert, Deutscher Bundestag, Henning Schacht